

Saale-Beitung.

Zweihundertzsechzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenstelle oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet...

Bezugspreis für Halle hierzulande bei postmässiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühr.

Die „Reform“ der Fernsprechgebühren.

Die Reichspostverwaltung hat im Reichstag bei Beratung des Postgesetzes scharfe Kritik erfahren. Von freisinniger Seite ist insbesondere der fiskalische Zug, der in der Verwirklichung unter dem Staatssekretär Kraetzle überall herortritt, lebhaft getadelt worden.

Selbst dann, wenn alle vom Reichspostamt in seiner Denkschrift angeführten Gründe für den allgemeinen Uebergang vom Kaufsgebührensystem zu Grund- und Gesprächsgebühren zutreffend wären, was aber in Abrede gestellt werden muß, vermögen wir die vorgeschlagene Aufhebung des Kaufsgebührensystems nicht als den richtigen Weg anzuempfehlen.

Ebenso wie verschiedene andere Verkehrseinrichtungen und die Erhaltung ihres Betriebes zum Nutzen auch für die verkehrsärmeren Orte nur ermöglicht werden durch die starke Inanspruchnahme dieser Einrichtungen an den Verkehrsmittelpunkten, so hat man sich auch bei der Fernsprecheinrichtung des Reiches zu vergegenwärtigen, daß ihre Ausnützung in allen den Stellen, an welchen man sie am meisten in Anspruch nimmt und zweifellos auch am nötigsten bedarf, nicht erschwert werden darf, sondern soviel als nur möglich erleichtert werden muß.

Diese grundsätzliche Forderung, die sicher die strengste Prüfung auf ihre Berechtigung verträgt, möchten wir besonders betonen, und der Behauptung in der Denkschrift, daß eine Einschränkung in der Benutzung der Fernsprechanstalten ohne ernsthafte Verletzung berechtigter Interessen möglich sei, gegenüberstellen.

Wie die Denkschrift ausführt, würde unter der Herrschaft der Grund- und Gesprächsgebühren eine sehr erhebliche Einschränkung des Sprechverkehrs der jetzigen Kaufsgebührennehmer eintreten. Der Rückgang werde nach den gemachten Erfahrungen wahrscheinlich zwischen der Hälfte und einem Drittel der jetzigen Zahl liegen, er könne zu 40 Prozent angenommen werden.

In der Denkschrift ist durch Tabellen wohl nachgewiesen worden, welche verschiedenen Gebührensätze auf die einzelnen Gespräche bei den Kaufsgebührenanschlüssen und bei den Anschlüssen gegen Grund- und Gesprächsgebühren entfallen, dagegen ist ein Aufschluß darüber zu vermissen, ob die schräge als befriedigend zu bezeichnende Rentabilität des Fernsprechwesens im Reichspostgebiete mehr auf die starke Inanspruchnahme des Fernsprechrufes durch die Kaufsgebühren zahlenden Teilnehmer oder auf das Erträgnis aus den Grund- und Gesprächsgebühren der Teilnehmer mit schwächerem Verkehr zurückzuführen ist.

Es liegt uns fern, bei einer dem Verkehr dienenden Einrichtung, die auch den industriell weniger entwickelten Orten nicht vorenthalten werden darf, etwa deshalb, weil in diesen die schwächere Benutzung eine unvollkommene Deckung der Betriebskosten zur Folge hat, eine stärkere Heranziehung der Beteiligten zu empfehlen. Wir erheben im Gegenteil darin, daß man in verkehrsärmeren Orten sich bei der jetzt dem einzelnen Teilnehmer überlassenen Wahl meist für die hier weniger belastende Grund- und Gesprächsgebühr entscheidet, einen billigen Ausgleich für die in solchen Orten geringere Ausnutzungsmöglichkeit der Fernsprecheinrichtung. Ein ebenso billiges Verlangen scheint es uns aber, daß bei Neuen mit zahlreichen Anschlüssen die Teilnehmer vor einer Entscheidung des für sie in

verschiedener Hinsicht geeigneteren Kaufsgebührensystems bedacht bleiben.

Die Gründe, welche nach unserer Ueberzeugung für eine Beibehaltung der Kaufsgebühren sprechen, sind so schwerwiegende, und eine von jeder unnötigen Hemmung und Beschränkung befreite Benutzungsmöglichkeit der Fernsprecheinrichtung des Reiches ist so sehr ein Bedürfnis unserer Zeit, daß dagegen der in der Denkschrift des Reichspostamtes zum Ausdruck gebrachte Gedanke, die über das Maß des wirtschaftlich Notwendigen und Nützlichen weit hinausgehende Benutzung der Anschlüsse durch Einführung der Bezahlung für jedes einzelne Gespräch unterdrücken zu wollen, wohl oder übel zurücktreten muß.

Deutsches Reich.

Ges- und Personalnachrichten.

Prinz Heinrich von Preußen ist dem Berliner Verein für Luftschiffahrt als ordentliches Mitglied beigetreten.

Reichsanwalt Fürst von Bülow ist von seinem Influensa wieder hergestellt und hat die Geschäfte wieder in vollem Umfange übernommen.

Prinz Adalbert von Preußen in Paris.

Prinz Adalbert von Preußen ist gestern früh in Begleitung seines Adjutanten, des Korvettenkapitäns von Nestorff auf dem Nordbahnhofe in Paris eingetroffen, wo sich der Marineattaché Fregattenkapitän Starke zur Begrüßung eingefunden hatte.

Der Wahlrechtskampj.

Die Landesversammlung der Nationalsozialen Badens, die am Sonntag in Ludenburg stattfand, war, wie das „B. Z.“ aus Mannheim meldet, aus den nördlichen Teilen Badens sehr gut besucht.

Die heute in Ludenburg tagende Landesversammlung der Nationalsozialen Badens hält für die Reform des preussischen Wahlrechts nicht für eine rein preussische Landesangelegenheit, sondern für eine Kernfrage der inneren Reichspolitik.

Eine vom Verein der nationalliberalen Jugend in Ebersfeld sachte nach einem Vortrag von Professor Dr. Geffken-Köhl folgende Resolution: „Die vom Verein der nationalliberalen Jugend zu Ebersfeld einberufene öffentliche Versammlung behauptet die schroffe Ablehnung der liberalen Wahlrechtsvorlage durch die Regierung; sie richtet an die Fraktion der nationalliberalen Partei die dringende Bitte, energisch für eine baldige Reform des preussischen Landtagswahlrechtes einzutreten und hierbei vor allem auf die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechtes sowie eine den Zeitverhältnissen entsprechende Wahlkreiseinteilung hinzuwirken.“

Der Fall Grandinger.

Die liberale Fraktion des bayerischen Landtages hat an den Erzbischof von Bamberg wegen seines Schreibens an den Pfarrer Grandinger, worin dessen Beteiligung an der liberalen Fraktionspolitik und insbesondere der Schulpolitik als schweres Vergehen bezeichnet wird, eine förmliche Verwahrung gerichtet.

Weitere Kreise des katholischen Volkes seien seit Jahrzehnten Anhänger der liberalen Partei und ihrer Politik im bewußten und gewissen Gegensatz zum Zentrum, um Religion und Politik zu trennen. Im Namen aller liberalen Katholiken erhebe die Fraktion, der selbst Katholiken angehören, nachdrücklich Protest gegen den Erzbischof. Welche Kreise des katholischen Volkes nähmen vielmehr Vergernis daran, daß eine einzelne Partei sich als ausschließliche Vertretung der Katholiken in politischen Fragen aufstelle, und daß Geisliche dieser Partei in der verkehrten Weise gegen Unversendete, auch wenn diese kirchliche Oberen sind, auftreten könnten, ohne an die Pflichten des geistlichen Amtes erinnert zu werden.

Pfarrer Grandinger hat gleichfalls ein Schreiben an den Erzbischof von Bamberg gerichtet, in dem er erklärt, daß er seit sechs Monaten nur zweimal in Passau und Regensburg auf wiederholte dringende Einladung gesprochen

habe, und daß er demnach von der Tätigkeit eines Kesselpredigers, die ihm der Erzbischof vorwerfe, noch sehr weit entfernt sei. Er habe, dem Liberalismus seinen berechtigten Platz lassend, sich dreimal gegen die Verquickung von Religion und Politik durch das Zentrum gesprochen und möchte dagegen auch fernerhin aus seiner inneren Ueberzeugung auftreten. Er sei es keinem Namen schuldig, überall dort persönlich zu sprechen, wo er seit März vorigen Jahres leitens des Zentrums in unglücklichster Weise verurteilt worden sei.

Wie der „Tag“ aus Paris berichtet, verkündete Erzbischof Amette den Katholiken der Pariser Diözese, daß aus dem Lesen der „Gangellen“ betiteltten Schrift des Moderaten Politi die Strafe der Exkommunikation dem Papste vorbehalten. König erklärt diese Anündigung des Erzbischofs in einem Dorle des Departement Haute-Marne, wo er sich mit Gefäßgelucht befaßt.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte fand gestern mittag in Berlin im Zirkus Busch in Anwesenheit von 7000 Vertriehen statt. Reichstagsabgeordneter Dr. Rösicke (Ebersdorf) eröffnete die Versammlung. Er war in Anblik auf das jüngste Jahr. Im Vordergrund seiner Betrachtung stand zunächst die Wokpolitik.

Politisch, so erklärte er, könne der Bund sehr wohl diese Politik aufheben, so lange sie darauf ausgehe, dem Liberalismus Gelegenheit zu geben, sich national mit belästigen zu können. Wirtschaftlich aber heiße es, auf der Hut sein. Wilow habe sich als ein tüchtiger Mann gezeigt, tüchtiger als seine Vorgänger. (Bravo!) Er habe die Verknüpfung wiedergefunden mit der traditionellen Politik Deutschlands. Der Bund übernehme dem Zentrum Wilow Vertrauen. (Bravo,) und so lange der Bund keine Veranlassung habe, dem Kampfe zu misstrauen, werde er seine Politik unterstützen. (Bravo!) Redner berührt sodann die bekannten Einzelanträge und betont, daß Geltung der hier geeigneten Verhältnisse nur vom Land zu erwarten sei. (Bravo!) Das Land sei der Dungeboden der Nation, daher werde der Bund die innere Kolonisation unterstützen. Durch zweckentsprechende Einrichtungen müsse dem Mangel an Arbeitskräften entgegengetreten werden. Das Ziel müsse sein, ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen begm, zu erhalten und es müsse jedem Arbeiter die Möglichkeit gewährt sein, eigener Herr auf eigener Scholle zu werden.

Dequ aber sei es nötig, daß die Landwirtschaft prosperiere und blühe, dann gehe es dem gesamten Vaterland wohl. Jetzt sei eine Zeit des Friedens angebrochen. Möge sie dem Bund erhalten bleiben. Aber auch für den Bund heiße es: „Si vis pacem, para bellum!“ (Bravo!) Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Lehrer begrüßt, nimmt hierauf der Bundesvorsitzende Freiherr von Wangenheim das Wort. Er beginnt seine Ausführungen mit einer Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Zunächst habe man den Ertrag der letzten Ernte diesmal überhöht. Der Ausfall der Getreideernte sei mangelhaft. So seien die Preise dementsprechend gestiegen. Aber wie dürfe über Kornwucher geschrien werden? Wer die Schwankungen der Preise bekämpfen will, der soll sich mit dem Antrag Ranzig befassen, der noch immer seine Gültigkeit habe. (Lebhafte Zustimmung.) Und wer über die hohen Fleischpreise Klage erhebe, der lorge mit dafür, daß dem Unzug des Zwischenhandels ein Ende gemacht werde. Redner wendet sich hierauf der allgemeinen politischen Lage zu und beschäftigt sich ebenfalls zunächst mit dem, bald ersten, bald zweiten Zwischenpiel der Wokpolitik. Noch hohe wie bei der Kanallerie manches Nütigen und bringe aus der Linie. Aber er hoffe, daß sich der Wok noch bewähren werde. Eine Neuordnung der Reichsfinanzen stehe bevor. Doch es dürfe keine Fiklarbeit werden, sondern eine planmäßige und organische Arbeit. Der

Tafel müsse dabei zuerst in Betracht kommen. Die Arbeiterfrage müsse der Bund jedoch nur eigenen Sache machen als eine Frage der Arbeiterwelt. Aber frei von sozialer Freiheit sei sie zu behandeln. Das Gebiet des Kontraktbruchs müsse ins Auge gefaßt werden. Wer die Freizügigkeit wolle, müsse auch die Frage des Unterstützungswohlfahrt prüfen. (Sehr richtig.) Er rief:

Keine Aenderung des preussischen Wahlrechts! Denn man täusche sich nicht: Die Wadt der Sozialdemokratie ist

leheness erfolglos. Der Bund sei der wahre Schlichter des allgemeinen Wahlrechts gegenüber der Sozialdemokratie, die es zu zerstören drohe durch den gefahrloschen Gebrauch, den sie davon mache. Der Bund ist nicht gefahrlos für die Großgrundbesitzer. Er trete ein für den Bauern und den Mittelstand. Mit der Beförderung, daß der Bund zum Kaiserhaufe in Treue und in Verehrung beharren werde, schließt Freiher von Wangenheim. Zu den besten sachlichen Referenten, welche die Blok- und die Steuerpolitik betreffen, unterbreitet der Bundesvorsitzende der Generalversammlung folgende beiden

Resolutionen:

I. Eingehend seines Grundlages, des Volkes und des Vaterlandes Wohl bei den Streit der politischen Meinungen zu stellen, begrüßt der Bund der Landwirte die vom Reichstagler Fiskus von Bülow eingeleitete Politik als den Versuch einer Verkündigung im Kampfe für die Erhaltung und Förderung der nationalen Güter. Der Bund ist bereit, hierbei mitzuwirken, um nationale Ziele zu verfolgen. Ueber den Parteien stehend, lehnt er es jedoch ab, sich von der Verfolgung seiner, die allgemeine nationale Wohlfahrt antretenden wirtschaftlichen Ziele irgendwie abdrängen zu lassen."

II. „Der Bund der Landwirte steht auf dem Standpunkt, daß den Einzelstaaten das ihnen bei der Gründung des Reiches gewährte ausschließliche Recht der Erhebung direkter Steuern zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts ihres Staatshaushalts unbedingt erhalten bleiben muß, während andererseits das Recht der indirekten Steuern für seinen Ausbau auszubauen hat. Der Bund ist bereit, an einer großzügigen Ordnung der Reichseinkünfte auf dem Gebiete der indirekten Steuern tatkräftig mitzuwirken. Er lehnt es aber ab, durch Herausgreifen einzelner Gegenstände die bisherige Gleichberechtigung einer zeitgemäßen Befreiung derjenigen, die nach ihrer heftigen Ertragsfähigkeit dazu besonders geeignet sind, und warrt vor einer weiteren einseitigen Belastung der landwirtschaftlichen Industrien, die die Grundlage für den Hauswirtschaft und damit für einen rationellen Betrieb der Landwirtschaft bilden. Nachdem den Kapitalkräften des Landes durch ihre maßvolle Verbindung in der Form der Aktiengesellschaften und durch eine zeitweilige Hilfe durch die Gesetzgebung die Möglichkeit hoher Rentabilität in Industrie und Handel eröffnet worden ist, bezeichnet er der Bund als eine Förderung der Gerechtigkeit, daß sie einer dementsprechenden Besteuerung in der Form einer Stempelabgabe zu erhebenden Dividenden einer unterworfen werden, und daß auf denjenigen Teil des Nationalvermögens, der in ausländischen Wertpapieren angelegt wird, eine besondere börsenmäßige Besteuerung zur Anwendung gelangt."

Nachdem Dr. Diederich Hahn den Geschäftsbericht erstattet und daran einige politische Betrachtungen geknüpft hatte, und nachdem von Breiten-Straß die zur Blokpolitik eingehende Resolution behandelt worden war, nahm, vom stürmischen Beifall, der sich immer wieder erneuerte, begrüßt, der frühere Minister der Landwirtschaft

o. Pöbdielsti

das Wort:
„Von der heimatlichen Flur kommend, trat ich, durch das Vertrauen Dr. Meißel's berufen, in den Reichs- und Staatsdienst. Um diesem Dienste geschäftlich, bin ich zu meiner Flur zurückgekehrt und will wieder ein Förderer der Landwirtschaft sein. (Stürm. Zurufe.) Tief bewegt sehe ich vor Ihnen, um Ihnen für das Vertrauen zu danken, das Sie mir entgegenbrachten. Es waren diese Zeichen der Liebe und Anteilnahme vom Herzen gekommen und zu Herzen gebrungen. Ich danke auch dem Vorlesenden Ihres Bundes, daß es mir, der ich von schwerer Krankheit wieder genesen, vergönnt ist, heute vor Ihnen und damit vor dem gesamten Bundes sprechen zu können. Aus eigener Kraft ist Deutschland entstanden. Aber ebenso ist der Bund aus eigener Kraft das geworden, was er ist. Es war eine große Aufgabe, klein und groß, Nord und Süd zu einigen. Aber der große Wurf ist gelungen. Woher nahm der Bund die Kraft zu solcher Entwidlung? Weil auf seiner Fahne in flammenden Zügen geschrieben steht: „In Treue zu Kaiser und Reich!“ Aber der Bund hat auch eine gesunde Wirtschaftspolitik vertreten, und so hat er manches erreicht. Er hat erreicht, das das Streben, das um die Mitte des vorigen Jahrhunderts allein der Förderung von Handel und Industrie galt, nun auch der Landwirtschaft zugewandt wurde. Was es denn Überhaupt anerkennen, daß die Landwirtschaft nach Schutz verlangt? Darum war es eine falsche Politik, Jatroakt zu ihm zwischen Handel und Industrie und der Landwirtschaft. Denn es ist doch klar, daß wenn Handel und Industrie blühen, auch die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse auf besseren Absatz rechnen darf. Umgekehrt befinden wir uns heute in einer wirtschaftlichen Krise. Aber sie würde verbeßert werden, wenn ohne den guten Stand unserer Landwirtschaft. Neben ihr sollen Handel und Wandel bleiben. Wir dürfen uns ferner nicht verschließen, wie

der Kampf ums Klein heim wirtschaftlicher geführt wird als je. Da sind es gerade die Landwirte, die da wissen, daß nicht die wilde Jagd nach dem Glück, sondern die stetige Arbeit den Lohn und die Ernte versteht. Ich las neulich von der Fertigkeit der Leute auf dem Lande. Wo aber liegt in Wirklichkeit die Fertigkeit? Sie liegt bei den Arbeitern in den Städten, da man dort von der Macht des Kapitals abhängig ist. Wir als Landwirte brauchen nicht um die Massen zu suchen, die heute Hofmann rufen und morden mit Dred uns beweren. (Stürmliches Bravo.) Galtten Sie daran fest: Im Vaterlande ruhen die Wurzeln Ihrer Kraft. Halten Sie daran fest, daß ehrliche Arbeit noch immer ihren Lohn trägt. Halten Sie auch daran fest, daß wenn man sich befaßt über die Teuerung in Ihren Erzeugnissen, daß die Produktion entsprechend der Verteuerung der Arbeitslöhne stetigpfeiger werden muß. (Lebhaft. Zurufe.) Ich hoffe, daß von weit und breit, aus allen Ecken der Bevölkerung, der Beruf die deutschen Männer herbeizien werden, um uns Männern vom Bunde die Hand zu drücken und ihren Genossen. Sodann richtete o. Pöbdielsti einen Appell an die Männer und Frauen, ihre Söhne zur Gottesfurcht, zur Treue zu Kaiser und Reich und zur Liebe für die Landwirtschaft zu erziehen. „Dann“, so schloß der Redner, „wird unserm Deutschland ein Geschick erblenden sein, das aus freien Männern bestehend, dem Kaiser dient, um unser Land zum schönsten aller Länder zu machen. Das ist der Wunsch eines alten Mannes.“ (Stürmischer Jubel.)

Allgemeine Mitteilungen.

— Die Enthüllungfeier des Bildes von 1848 hat am Sonntag in Stolp in Gegenwart des kommandierenden Generals des 17. Armeekorps, von Madensen, als Vertreters des Kaisers stattgefunden.

Deutscher Reichstag.

103. Sitzung vom 17. Februar, 1. Uhr.

Die Beratung des Volkstats

wird fortgesetzt.

Abg. Wiebeberg (Ztr.) konstatiert mit Befriedigung, daß die Arbeitzeit der Telegraphenarbeiter in den letzten Jahren eine Verfürzung erfahren habe. Mit der Zeit müßte es aber dahin kommen, daß ihre Arbeitzeit im Maximum eine Stündige sei. Auch die Lohnverhältnisse müßten gleichmäßiger geregelt und höher sein. Die gerüsteten Arbeiter müßten höher gelohnt werden als die angelernten. Weiter müßten die Bezugszulagen (für Arbeiten auf entlegenen Strecken) erhöht werden, ebenso die Sonntagslöhne. Ueber die Erfahrungen mit Arbeiter-Ausstellungen möge der Herr Staatssekretär dem Hause eine Denkschrift vorlegen. Daraus, daß seine bayerischen Parteigenossen auf den bayerischen Postmarkt bekümmert, sei ihnen kein Vorwurf zu machen. Ihnen liege mit Recht mehr an der postlichen Selbstverwertung Bayerns, als an der kleinen Sozialreform aus der „Einheitsmarke“. Vorgesieher habe Herr v. Treuenfels den Fall Schellenberg mit dem Fall Gröndinger verglichen. Aber diese Fälle, m. H., liegen sehr verschieden, und nur bei oberflächlicher Betrachtung kann man zu einem Vergleich kommen. Denn Dr. Schellenberg stand nur in einem Verhältniß zu den Post, hat also durch die sozialdemokratische Stimmabgabe nicht gegen ein Dienstverhältnis verstoßen. Der Herr Gröndinger dagegen ist durch seine Amtspflicht als Geistlicher verpflichtet, bei der Erziehung des Volkes im Sinne der Kirche zu wirken. Diese Pflicht hat er verletzt.

Abg. Cichhorn (Soz.) die künstliche Entrüstung des Staatssekretärs über Sengers Entfernung wegen Verletzung des Briefgeheimnisses war überflüssig. Solche Dinge sind vorgekommen. So hat mein Parteigenosse Haule hier am 19. Januar 1904 einen Fall vorgebracht, wo einem Epistel ein Brief an eine russische Studentin ausgehändigt wurde und der Postbeamte dies auch eingestand. Auch die Entrüstung des Herrn Somcher war also unangebracht. Das Zentrum hat übrigens zur Zeit des Kulturkampfes ebenfalls unter Verletzungen des Briefgeheimnisses zu leben gehabt. Redner kommt dann nochmals auf den Fall des Briefträgers Schalski, der wegen sozialdemokratischer Stimmabgabe entlassen resp. pensioniert worden sei, zurück und auf den Fall Schellenberg. Dieser sei nicht einmal Sozialdemokrat gewesen, sondern habe nur in der Stichwahl „das kleinere Uebel“ gewählt! Und er sei auch nicht einmal Beamter gewesen! Ein Streit mit Worten sei es, wenn der Staatssekretär sage: die Kündigung sei keine Maßregelung gewesen! Die Art, wie der Staatssekretär in einer seiner Bemerkungen über den Fall Schellenberg eine ganze große Partei als mit einem Mal belästigt hingestellt habe, sei

eine Unerschöpflichkeit!

(Unruhe rechts. Graf Stolberg zitiert den Redner jetzt zur Ordnung.) Der Redner spricht gegen das akademische Studium. Dieses bedeute eine Zurückführung der jetzigen höheren Polizeiamten und solle offenbar nur der Bourgeoisie weitere Futterstellen für ihre akademisch gebildeten Söhne schaffen. Auch in der Beobachtung der jetzigen Parteien die Wichtigkeit der Beamtenklimmen bei den Wahlen einladen, dafür eingetreten. Der Redner bestritt die Verhältnisse der unteren Beamten. Er schloß, es sei beauerlich, daß der Staatssekretär hier so kurzzeitige und parteigehässige Behauptungen getan habe.

Der Redner erhält einen zweiten Ordnungsruf.

Staatssekretär Kräfte weiß nochmals den Vorwurf zurück, als ob durch Postbeamte das Briefgeheimnis verletzt werde. Man solle ihm doch Namen nennen. Schon als der Abg. Haule i. Zt. zu ähnliche Behauptungen gegen die Post erhob, sei er vergeblich aufgefordert, Namen zu nennen. (Zuruf links: Es handelt sich für uns um die Epistel.) Der Staatssekretär

antwortet:

Sie haben den Vorwurf der Verletzung des Briefgeheimnisses doch gegen die Postbeamten gerichtet, haben also doch die Verpflichtung, den Beamten zu nennen. Auch Herr Singer hat doch die gleiche Behauptung vorgebracht beim Postet vorgebracht. Sie haben mit seiner Individualität vorgekommen. Nun, sind Sie denn etwa duldlos? Wenn Sie das meinen, so erinnere ich Sie an Ihr „Wer nicht gehört, fliegt“.

Abg. Gang (Ztr.) weißt ebenfalls die Anschuldigungen wegen Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Post zurück. Aber solche Behauptungen ausgesprochen, habe die Pflicht, Namen zu nennen, und könne sich ihr nicht damit entziehen, daß er sich weigere, „den Denunzianten zu spielen“. Auch den Vorwurf der Unbilligkeit zu erheben, seien am allerwenigsten die Sozialdemokraten berechtigt. Zur Personalfrage sich wendend, dürfe Redner den Staatssekretär, das System der gehobenen Stellen für Unterbeamte noch weiter ausdehnen und auch auf die Postämter 2. und 3. Klasse zu erweitern. Der Werbungen von Frauen im Postdienste seien viel zu enge Grenzen gezogen. Ebenso wie sie sich im Telephonwesen bemüht hätten, würden sie sich auch in anderen postlichen Beschäftigungen brauchen erweisen. Auch der Lösung der Frauenfrage

überhaupt werde man damit näher kommen. Unbegreiflich sei ihm, wie der Abg. Lottmann in der Budgetkommission habe sagen können, die Frau gehöre in die Küche. Tatfache sei doch nun einmal, daß viele Frauen ununterbrecht hiesben und auf Erwerb angewiesen seien. Der Resolution auf Verbilligung des Christoporus könne er nicht beistimmen, schon aus finanziellen Rücksichten. Aus dem gleichen Grunde halte er die geplante Reform der Fernspregegebühren für berechtigt. Expansive an Ausgaben halte er für möglich dadurch, daß bei Postpaketen, deren Gewicht augencheinlich hinter 10 Pfund zurückbleibe, kein Verwiegen mehr stattfindende. Ferner halte er das Abschneiden der Briefe für überflüssig. Wenn auch die Handstempelung sich gegen diesen Gedanken ausgesprochen hätten, wenn es gelegentlich von Wert sei, die Aufgabe des Briefes nach Ort und Zeit genau festzustellen, so rechtfertigte das doch nicht die unnütze Arbeit der Abstempelung von vielen Hunderten von Millionen Briefen. Der Latmannschen Anregung, 1 Kilo-Pakete zu niedrigerem Postloz zu befördern, bitte er, nicht Folge zu geben. Es würde das doch nur den Warenhändlern zugute kommen

nur den Warenhändlern zugute kommen nach Nachteil aller der kleinen Kaufleute und Handwerker in der Provinz. Was das Petitionsrecht der Beamten anlangt, so werde doch dieses nicht verfürzt, wenn der Staatssekretär stets bereit sei, Beamte zu empfangen, um ihre Wünsche zu hören. Und ein Koalitionsrecht in dem Umfang, wie es die Arbeiter hätten, könne den Beamten auch nicht zuerkannt werden, am allerwenigsten den Verkehrsbeamten. Seine Freunde hätten ebenfalls vom Staatssekretär das Vertrauen, daß er die Disziplin aufrecht zu erhalten bestritten sei, wie

Abg. Hug (Ztr.) empfiehlt den Postdebetenrecht und einen besseren Palettenrecht zwischen Berlin und dem Bobense.

Abg. Dr. Röhme (wirtsch. Vgl.): Herr Stadthagen, der die Sozialdemokraten noch ruppiger wünscht, wird heute dem Vertreter des sächsischen Postpersonals Cichhorn dankbar die Hand schütteln. Der Redner äußert Wünsche für die Telegraphenarbeiter und empfiehlt Erziehungsstellen.

Abg. Duncker (Ztr.) befürwortet Markenverausstellungen in Galwirtschäften und Portobildung für Blinde.

Abg. Rehmann-Miesbach (Soz.): Wir werden dem Staatssekretär sein Gehalt abschneiden. (Lachen.) Gewiß, und wenn Sie wollen, nicht 24 Stunden dürfte der Staatssekretär auf seinem Plage mehr liegen. (Erneute Lachen.) Die allgemeine Umspreche schloß.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bemittelt. Das Stimmbleiben der Sozialdemokraten wird mit Heiterkeit aufgenommen. Die Abstimmung über die Resolution erfolgt erst in der dritten Sitzung.

Reim Titel „Postdirektoren“ bebauert

Abg. Erbeneger (Ztr.), daß der Staatssekretär nicht die Übertragungen des Sachverständigen Abg. Hamecher mehr beabsichtigt habe. Die Postdirektoren hätten bei der Ablängung ganz lokal gehandelt. Auf die Verantwortung werde man nach lange warten können. Ansehend warte man noch auf den neuen Staatssekretär, und den finde man schicht. Siegmund-Friedberg soll die Gehaltsfragen anbieten würde. (Heiterkeit.) Der Redner spricht sich gegen das akademische Studium für die höhere Laufbahn aus.

Staatssekretär Kräfte erklärt, daß von einem Unterrichten gegen die Postdirektoren keine Rede sein könne. Aber es erreichte nicht dem richtigen Verhältnis zwischen Beamten und Chef, wenn Abgeordnete bereits in Mitleidenhaft gezogen werden, während der Chef noch mit den Beamten unterhält. Von einer sozialen Schädigung durch Einführung des akademischen Studiums könne nicht gesprochen werden. Jeder Beamte würde bald nach dem Absolvieren mit Gehalt angestellt werden.

Abg. Kithorn (fr. Vp.) bemängelt, daß der Urlaub für die Bureaubeamten zu kurz sei.

Staatssekretär Kräfte betont, daß die Urlaubsverhältnisse sich schon wesentlich gebessert hätten.

Abg. Gröber (Ztr.) weist darauf hin, daß durch die Einführung des akademischen Studiums manche Ungütigkeit entstanden sei. Die akademisch gebildeten Beamten werden mehr geübt, wollen als die anderen.

Darauf wurde die Beratung abgebrochen. Dienstag 11 Uhr: Postetat, Justizetat. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus, 17. Februar 1908.

Am Bundesratsitz: 10. Sitzung, 11 Uhr 15. Minuten. Vor der Tagesordnung steht der Antrag Schiffer (nl.), Hühner (fr. Sp.), Ernt (fr. Vgl.).

Die Regierung um eine etwa eingehende Auskunft zu erlangen

1. über die Ergebnisse der letzten vom Handelsminister angeordneten Untersuchungen über die Vorbildung der Handbildungsschüler,
2. über die Stellung des Unterrichtsministers zu diesen Ergebnissen,
3. über die Maßnahmen zur Beseitigung der in diesen Ergebnissen etwa zugute getretenen Mängel des Volksschulunterrichts.

Abg. Schiffer (nl.) führt zur Begründung des Antrages aus, daß in der Volksschule viel zuviel Gewicht auf den Memorierstoff gelegt wird. Man sollte weniger Wert auf die Paradearbeiten legen und tiefer des Wissens, des Rinnens verstärken. Stofflich werde noch in dieser Tagung ein positives Ergebnis im Sinne des Antrages erzielt. (Beifall links.)

Kultusminister Halle beuort, daß er nicht in der Lage ist, die gestellten Fragen zu beantworten, da die Ergebnisse noch nicht abschließend sind. Ausgehend sei, daß die Volksschulen mit sehr verschiedenen Kenntnissen des Volksschulunterrichts versehen sind. Dem Kultusminister megen der Ergebnisse der Prüfungen der Volksschulen hat nicht bestanden. Ubrigens handle es sich bei den Prüfungen um Stichproben, die keinen zuverlässigen Maßstab geben, wenn sie auch vielerlei generelle Schlässe gestatten. So den, daß die Ergebnisse der einzelnen Schulen eben verschieden sind. Um so schwieriger sei es, für ein Schülermaterial mit so verschiedenen Kenntnissen eine

einheitliche Fortbildungsmethode

zu finden. Des Problems wird hauptsächlich nie mal so voll gewußt werden können. (Sehr richtig! rechts.) Die Unterrichtsverwaltung wird zur Beseitigung des Durchschnittsergebnisses der Schüler auf höhere Maßnahmen bedacht sein müssen, wie auf die Vertiefung der Schulpflege, die Vertiefung der Überführung der Klassen, und dazu solle das Volksschulunterrichtsgebiet helfen. Der Minister verweise dann auf die schon unter seinem Vorangegangenen angeordneten vielfältigen Versuche, den Lehramt nach zu befähigen, insbesondere auf die starke Verbesserung der Seminare, die allerdings erst wirken können, wenn die Seminaristen, die inzwischen eingetreten sind, ihre Ausbildung hinter sich haben. Schließlich lege die Regierung auch auf die Hebung der in der Vorherbildung der Volksschüler den gebührenden Wert; sie erhoffe viel von dem 1901 ausgearbeiteten neuen Lehrplan, der freilich auch nur allmählich in der ihm erwartete günstige Wirkung auf die Ausbildung der Volksschüler über könne. Der Minister schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Lehrerschaft die Bemühungen der Unterrichtsverwaltung, den Volksschülern eine möglich gleichmäßige Bildung mit auf den Lebensweg zu geben, nach Kräften unterstützen wird. (Beifall.)

Abg. v. Hiffert (kon.) befreitet, daß die Organisation des Volksschulunterrichts erhebliche Mängel aufweise, die Aufnahmepflichtigkeit bei der Fortbildungsschule sei überflüssig, dafür empfehle sich eine Entlassungsprüfung. Der Lehrplan der Volksschule müsse vereinfacht werden. (Beif. rechts.)

Abg. Reimers (Ztr.) befreitet ebenfalls einen Rückgang der Volksschule und wünscht Vereinachung des Volksschulunterrichts.

Abg. Hoeselich (fr.) auf der Tribüne sehr schmerzlich, führt aus, die Aufbesserung der Lehrer sei zurecht Erhaltung ihrer Berufsruhe nötig und verlangt Vereinfachung der Volksschulunterrichts.

Kultusminister Halle ist mit dem Abg. Schiffer der Meinung, daß man für die Volksschullehrer eine erweiterte Vorausbildung möglichst schaffen müsse. Dieser bestehe sie in der Hauptache in der Mochtheit, Seminararbeit zu werden; in Zukunft gedenke die Regierung

den Lehrern den Weg zur Kreislaufinspektion

zu öffnen. (Beifall.) Den Lehrern müsse ein ideeller Anteil zur eigenen Beseitigung in ihrem Beruf gegeben werden. Die Vorausbildungspersonal, die Lehrer an Seminaren und Vorparabensanstellungen, dürften nicht so oft wechseln. Für die Rekrutierung eine neue Dienstankweisung in Arbeit, auch die Lehrermittelbehörde einer gründlichen Verbesserung. An der Berufsfortbildung unserer Volksschullehrer hänge die Leistungsfähigkeit der Volksschule; bisher habe unser Lehrpersonal die auf ihn gesetzten Anforderungen voll erfüllt, und das werde in Zukunft sicherlich so bleiben. (Beifall.)



Abg. Gieshoff (fr. Rp.) gibt die Unermüdlichkeit von Berathendebenen in den Leistungen der Volksschulen zu. Anzutreten ist eine gründliche

Reform der inneren Organisation

der Volksschule, vor allem der Lehrmethode. Diese sei ungenügend und veraltet, bei ihrer Umgestaltung müsse man vor allem darauf Bedacht nehmen, daß Deutschland sich auf dem Wege zum Fabrikstaat befindet, und daß wir in der Entwicklung unserer Fabrikarbeit und unseres Weltwandels unsere Aufgabe für das nächste Jahrhundert sehen müssen. (Beifall links.)

Abg. Ernst (fr. Rp.) befragt die Überfüllung der Klassen, die eine der Hauptursachen der Verschlechterung der Leistungen der Volksschule sei. Eine Entlastung der Schüler in den ersten Schuljahren sei nötig, dafür kann man sie in den späteren Schuljahren etwas härter belasten. Die Aufrechterhaltung der Autorität des Lehrers vor den Schülern sei absolut nötig; die Vorlesungen dürften nicht, wie es heute ungenügendermaßen noch immer gehehe, die Lehrer vor der Klasse abtanzeln. (Beifall links.)

Abg. Hasenbug (ntf.) erklärt die Zurückhaltung seiner Freunde mit der Annahme ihres Antrags. Grenzfähigkeit ist die Sicherung des Schülers, die die äußeren Mächte im Schutze haben, wie die Klassenüberfüllung und die weiten Schulwege, beiseite zu werden sollen. Eine Stoffüberfüllung in der Schule verleiht keine Freunde auch nicht, die Hauptlaste sei und müsse schließlich die Absorption des Geistes der Kinder. (Beif. b. d. Mt.)

Abg. Hederoth (kons.) erkennt die Leistungen der Lehrerschaft an und betont die Notwendigkeit, daß die Familie die Arbeit der Schule unterstütze. Deshalb billigt er die Anregung, daß der Minister die Kindergärten und dergl. durch Beihilfen fördern möge. (Beifall rechts.)

Abg. Gattstäcker (Chr.) tritt für Verringerung der Lehrer ein. Ohne diese könnten die Lehrer den hohen Aufgaben ihres Amtes nicht gerecht werden. Der Antrag geht an die Unterrichtscommission. Es folgt die Beratung des Antrages Bachmann (ntf.), der Staatsmittel fordert, um

besonders befähigten Volksschülern

mehr als bisher die weitere Ausbildung auf höheren Lehranstalten zu ermöglichen.

Abg. Gieshoff (ntf.) begründet den Antrag. Die Gleichberechtigung aller, wie sie zu bilden, wie sie wollen, sei nur eine grobe Theorie für die, denen die Mittel zu Verbreitung der Kulturen der höheren Bildung fehlen. Der Antrag entspreche einem Gebot der höchsten Gerechtigkeit und ohne der höchsten Bezeichnung die Nebe. Der jetzige Zustand wirft auf weite Beistimmung sich erhebend. (Sehr richtig links.) Große Mittel seien nicht erforderlich, es handle sich nur darum, einen Anfang zu machen. Der Antrag besetze sich übrigens auf Schüler beiderlei Geschlechts. Man müsse die Gewährung weiterer Bildungsmöglichkeiten an solche Schüler des Mannes, des Wohlthaterscharakteren entscheiden, man müße ihnen einen

Rechtsanspruch auf staatliche Beihilfe

zur Erlangung höherer Bildung geben. (Beifall links.) Abg. Hennig (kons.) So sympathisch uns der Grundgedanke des Antrages ist, so sprechen doch manche praktische Bedenken dagegen, vor allem die davon zu erwartende

Zunahme des akademischen Proletariats

und ein übermäßiger Anbruch zu den akademischen Berufen und den Beamtenstellen. Zugleich würden dem Handwerker und Mittelstand gerade die befähigsten Elemente entzogen werden, deren er heute dringender als je bedarf, ohne daß eine Gewähr dafür geboten sei, daß sich die unterfertigten Schüler in dem höheren Beruf wirklich zufrieden fänden. (Beifall rechts.)

Kultusminister Sölk erklärt den Grundgedanke des Antrages hat außerordentlich viel Sympathien. Er trifft auch zu, daß der Staat an der Förderung der befähigten Volksschüler stark interessiert ist. Der Staat tut darum auch bereits viel auf diesem Gebiet. In den Etats der einzelnen Ministerien sind Summen zur Fortbildung befähigter Schüler eingeteilt. Auch an Preisstellen in Anstellungen, an Stipendien usw. fehlt es nicht. Im Kultusetat finden sich über drei Millionen Mark zur Unterhaltung der Weiterbildung von Seminaristen usw. Für die künstlerisch begabten Schüler sind ebenfalls Fonds zur Ausbildung vorhanden. Es geschieht also, wenn man auch nicht alle Ansprüche befriedigen kann, doch bereits sehr außerordentlich viel. Um übrigens ist es nötig, daß jeder Stand möglichst viele Intelligenzen bestelle, denn er braucht sie. Und es wäre verfehlt, durch allzu reichliche Zuführung befristeter Schüler zu höheren Berufen deren Überfüllung und damit die Gefahr der Bröckeln und Aufzulebenden nach zu vermeiden. (Beifall rechts.)

Abg. Gieshoff (fr. Rp.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Abg. Ernst (fr. Rp.) tritt den Einwänden der Abg. Hennig und des Ministers gegen den Antrag entgegen. Der Staat erkenne schon durch die bisherigen Geldbewilligungen die Berechtigung des Antrages an. Preisstellen anlassen eben nicht; woher sollte der Preisrichter den Lebensunterhalt nehmen? Arbeitslose seien die Schmalste an den höchsten Lehraufträgen zu hoch. Die Vermittlung des Antrages diene dem Staatsinteresse und der Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit. (Beifall links.)

Abg. Lüdens (ntf.) berührt die prinzipielle Zustimmung aller Redner zu dem Antrage und empfiehlt Sorgfalt bei der Auswahl der zu unterzubehaltenen Schüler.

Abg. Ernst (fr. Rp.) tritt für den Antrag ein und regt Erleichterungen im Unterrichts an besetzte Volksschüler an, was mit einem Erfolge bereits in Charlottenburg geschehe. Bei Entscheidung sollten die Stifter mehr der Volksschule und begabter Schüler gedenken.

Nach einer kurzen, dem Antrage zumnhenden Bemerkung des Abg. Hasenbug (ntf.) wird auch dieser Antrag der Unterrichtscommission überwiesen, und die

zweite Lesung des Kultusetat

wird fortgesetzt. Auf Antrag des Abg. v. Massenheim (kons.) werden die zum Parität Elementarunterrichtswesen" erstellten Anträge Lüdens (ntf.), Ernst (fr. Rp.) und v. Odenburg (kons.) gemeinsam beraten. Der Antrags Lüdens verlangt eine ansehnliche Erhöhung der Dienarzahlen für Volksschulehrer in Preußen und den demnachschickenden Kreisleistungen. Der Antrag v. Odenburg will diese Forderung auch für alle anderen westpreussischen Lehrer erhöhen, und der Antrag Ernst fordert Reduktion der Höhe der Dienarzahlen auf 200 Mark noch 5 Mark auf 400 Mark nach 15 Dienstjahren.

Abg. Lüdens (ntf.) begründet seinen Antrag mit der künftigen Stellung der ostpreussischen Lehrer und mit ihrer materiellen Notlage infolge ihrer Bevölkerung durch die polnische Bevölkerung.

Abg. Ernst (fr. Rp.) befragt seinen Antrag in ähnlicher Weise und fordert die Einstellung der Erhöhung nach vor dem 1. April b. Z. aber mindestens mit rückwirkender Kraft.

Abg. Dr. Richter (kons.) begründet den Antrag v. Odenburg mit dem Hinweis, daß in manchen Gemeinden westpreussischer Kreise die Lehrer die Dienarzahlen nicht erhalten, in anderen Gemein den besetzten Kreise dagegen nicht. Das sei unbillig und führe zu Ungleichheiten.

Kultusminister Sölk stellt eine Erhöhung der Dienarzahlen für Lehrer gleichzeitlich mit dem Lehrerbefreiungsgesetz in Aussicht. Die Höhe der Zulage sei abhängig von den Gehaltsföhen, die das Haus bestimme werde. In den laudenden Etat könnten die Mittel also nicht eingestrichelt werden, wo die Gewährung von Dienarzahlen an Lehrer in Gebieten, wo die Staatsbeamten diese Zulagen erhalten, ist nicht möglich.

Nach weiterer Debatte, in der Abg. v. Gierisch (Völk.) die Anträge bekräftigt, schlägt Abg. v. Erffa (ntf.) ihre Überweisung an die Kommission vor, die sich mit der Dienstvorsorge auf zu befassen haben wird.

Daraufhin werden die Anträge Ernst und Lüdens zurückgezogen, mit dem Antrage v. Odenburg wird gemäß dem Vorschlage Erffa verfahren.

Das Haus vertritt sich auf Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Kultusetat.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Ansbund.

Kleine Tagesnachrichten.

— König Eduard wird Ende dieser Woche über Paris nach Biarritz reisen.

— Aus Petersburg wird das bevorstehende Scheitern der Ostflektionen gemeldet.

— In London besteht die Absicht, eine Torpedostiftung von Portsmouth nach Southampton zu verlegen und ihr dort eine neue maritime Basis zu geben.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 18. Februar. Stadtverordneten-Sitzung. Halle, 17. Febr.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Stedener, Baumeister Gngas und Fabrikant Grehler. Eingegangen ist eine Petition der Drochsenbesitzer, die um eine Revision der Bestimmungen über das Drochsenwesen ersuchen. Die Sache geht an den Petitionsausschuss.

Herr St. Emmert und Genossen haben einen Initiativantrag eingebracht, für

Rostbandsarbeiten

50 000 Mark zu bewilligen. Der Antrag soll in nächster Sitzung nachbehandelt werden.

Herr Stadtrat a. D. A. R. hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, den Ausbau der Röpfiger, Gelsenius- und Wagfelderstraße als Kanalarbeiten ausführen zu lassen. Von den Anliegern könne man sofort die erforderlichen Kosten einziehen. Die Versammlung überweist die Eingabe dem Magistrat als Material.

Herr Stadtbaurat Lamme's gibt bekannt, daß der Magistrat bereits die Ausführung von Straßen- und Kanalarbeiten angeordnet hat.

Das Mittel zur Instandsetzung der Gebäulichkeiten der Stedenhaus-Stiftung werden um 800 Mark veräußert.

1. Die Mittel zur Instandsetzung der Gebäulichkeiten der Stedenhaus-Stiftung werden um 800 Mark veräußert. (Ref. Herr St. Ahmann.)

2. Desselben veräußert man die Mittel für Reparaturen im Riedelstift um 2000 Mk. (Ref. Herr St. Diegel.)

3. Zum Etat des Schlachthofes werden 10 800 Mark des Viehfleisch 1100 Mark nachbewilligt. (Ref. Herr St. Rada.)

4. Wie der Referent, Herr St. Gngas, ausführt, hat die offene Sandelsgesellschaft Heinrich Frank Söhne in Ludwigslust gelegentlich der Abtretung des Straßenlandes von ihrem Grundstück am Kirchtürmchen zur projektierten Ufferrstraße sich erboten, das weiterhin von diesem Grundstück schichtlinienmäßig zur projektierten Straße A zwischen der Ufferrstraße und der Straße am Kirchtürmchen entfallende Land ebenfalls unentgeltlich, stünden und lassen, an die Stadtgemeinde abzutreten und aufzulassen, wenn ihr der Wert dieses Landes auf die fünfzigjährige Zahlenden Straßenerhaltungskosten dieser Straße angerechnet wird. Diese Vorgehörigkeit kann aber der Jirma nur in dem Falle zu gesteht werden, wenn durch Gemeindebeschlüsse festgelegt wird, daß die Straße A zwischen der Ufferrstraße und der Straße am Kirchtürmchen nicht durch einen Unternehmer, sondern lediglich in städtischer Regie erfolgt. Die Versammlung beschließt demgemäß.

5. Zur Erweiterung des Bürgerheides vor dem städtischen Grundstück Friedensstraße Nr. 1 ist die Vorgartenbepflanzung bis zur planmäßigen Grundlinie abgehandelt worden. Es erübrigt nunmehr empfehlenswert, den Bürgersteig ordnungsmäßig zu befestigen. Der noch nicht registrierte Teil der Friedenstrasse ist als städtische Regiestraße auszubauen, die Kosten des Straßenausbaues werden später von den Anliegern wieder eingezogen.

Die Versammlung bewilligt die erforderlichen Mittel in Höhe von 1400 Mark. (Ref. Herr St. W. Iff.)

6. Die Versammlung stimmt einem geringfügigen Austausch zwischen dem Eisenbahnstus und dem Hospital St. Cyriaci et Antonii sowie zwischen diesem und der Stadtgemeinde, gelegen zwischen der Kaffeler Bahn und der Wörmlitzer Grenze, zu. (Ref. Herr St. Emmert.)

7. Ein Nachtragsabkommen zu dem Vertrage vom 2. Juni 1907, betreffend Herstellung des Tunnel's zu Verbindung des Postgebäudes an der Thielenstraße mit dem Hauptbahnhofe, das nur formaler Natur ist, wird genehmigt. (Ref. Herr St. W. Iff.)

Punkt 8 betrifft die Festsetzung des Etats. Zunächst wird der Haushaltsplan des Feuerlöschwesens beraten. Herr St. Ahmann referiert darüber und hebt im besonderen hervor, daß man für den

Brandtransportwagen

höhere Güte, statt bisher 150 Mark für Krankentransportwagenmitglieder und 3 Mark für Private 3 Mark und 5 Mark, einzuweisen wollte.

Herr St. Röhme schlägt die Benennung der Krankentransportwagen vom Privatmann für ungeeignet. Der kleine Handwerker, Beamte usw. soll 5 Mark bezahlen, die Krankentransportmitglieder nur 3 Mark, obwohl doch die Kasse die Ausgabe trägt. Er beantragt, den gleichen Satz von 3 Mark auch für Private zu erheben.

Herr St. Emmert meint, es handle sich bei dem Krankentransportwagen um eine Wohlthätigkeitsanstalt, die der Stadt natürlich Opfer auferlegt. Wenn wir rund 15 000 Mark zuweisen, siehe es keine Waise, wenn jetzt durch Erhöhung der Güte 2600 Mark mehr herausgewirtschaftet werden.

Herr St. Riediger wünscht den Preis einheitlich auf 4 Mark festzusetzen, für Krankentransporte und Private. Jetzt sei der Preis zu billig; es werde mit dem Wogen Mißbrauch getrieben, selbst in Fällen, wo der Zustand des Kranken es

gar nicht erlaube oder auch nur eine Droßste ausreichen würde, habe man den Wagen. Mit dem immerhin noch möglichen Satz von 4 Mark könne dem vorgebeugt werden.

Der Herr v. O. e. h. e. b. t hervor, daß der Mittellose von der Erhöhung der Gebühr nicht betroffen werde; es seien 3. B. in letzten Jahre 406 Krankentransporte ausgeführt, ohne daß die Gebühren einbezogen wurden. Man lasse also den letzten Gehaltspunkt nicht außer acht.

Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag mit 25 gegen 22 Stimmen angenommen, also die Erhöhung der Sätze.

Herr St. Emmert bemängelt es, daß die Position: Reaktionen der Feuerdeputation um 200 Mk. auf 5000 Mark veräußert werden solle. Die bisherige Summe von 200 Mark sei im letzten Jahre längst nicht gebraucht worden, aber da habe man, um das Geld tot zu frieren, eine Reise nach Berlin unternommen, die man mit der Beschickung von Automobil-Feuerwehrfahrzeugen motivierte. Einzelne Mitglieder der Kommission hätten sich ausgeschlossen, weil ihnen die Berliner Vergütungsgreife ungenügend erschienen.

Die Herren St. Ahmann und Riediger sowie die Herren Stadträte Köhler und Kaufmann vertheidigen die Reise als notwendig; bei sei im besonderen Maße geehrt gemessen, den Deputationsmitgliedern Erfahrungen zu vermitteln. Neuerungen zu zeigen, von denen unser Vaterland profitieren möge. Herr St. Riediger weist aber noch besonders darauf hin, daß er jetzt schon als feststehend betrachte, daß unsere Stadt, wenn sie mal zur Anschaffung neuer Fahrzeuge schreiten müsse, Automobile einführte werden.

Herr St. Oesterburg ist der Ansicht, daß es sich bei der Reise um eine Vereisung städtischer Gelder handle. Er besteht dafür einen Ordnungszettel.

Die Verammlung nimmt schließlich den Magistratsantrag an und legt 500 Mark ein.

Danach referiert Herr St. v. Blume über den Etat des Stadtheaters. Der Magistrat beantragt, zur Erneuerung des Theaters im Jahre 1910

10 000 Mark als erste Rate zu bewilligen. Im Ganzen sind dafür 40 000 Mark aufzuwenden, und zwar in vier Jahren. Der Staatsauschuss ist jedoch mit 7 gegen 7 Stimmen für die Ansicht gekommen, daß man in diesem Jahre für die Ausgabe, die nötig erseheine, noch keine Rate einstellen möge, weil unsere Finanzlage jetzt zu ungenügend sei. Der Referent bemerkt dazu, daß er persönlich für die Bewilligung der 10 000 Mark sei.

Die Herren Stadtbaurat Sachardt und Stadtrat Rahnmer bitten, die Rate einzustellen. Innerhalb vier Jahren müße der Innenraum von Grund auf erneuert werden; das sei doch, nachdem jetzt 20 Jahre verfließen sind, nicht ohne ein großes Unrecht. Wir würden übrigens noch vor anderen großen notwendigen Ausgaben, die nur in Rücksicht auf die Finanzlage verschoben seien, z. B. die Herstellung der Aufsenbrücke. Der Magistrat habe eine entsprechende Bewilligung vorgelegt, weil er sich wohl lösen mußte; 40 000 Mark auf einmal sind in vier Jahren nicht zu erhalten.

Der Antrag des Magistrats wird mit 26 gegen 23 Stimmen angenommen.

Der Herr Referent St. v. Blume bringt dabei noch das Thema

Magistratsloge

zur Sprache, und zwar legt er, indem er die Vorgänge aus dem bekannt voraussetzt, den Antrag vor:

Die der Stadt vorzubehaltene Profanumsloge dient in erster Linie dem Ersten Bürgermeister zu Repräsentationszwecken. Für die Zeit, wo sie dazu nicht gebraucht wird, soll ihrer Benutzung durch die anderen Mitglieder des Magistrats nichts im Wege stehen.

Herr St. Oesterburg meint, es bestehe keine Veranlassung, den früheren Zustand wieder herzustellen. Er wäre großer Bedauern über die Abänderung zur Verfügung sein, sollte denn sie nicht 2 Stunden vorher zur Repräsentationszwecken verlangt wird.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Röhme erucht, den Antrag v. Blume anzunehmen. Er selbst wüßte schließlich, daß der frühere Zustand wieder hergestellt werde, ihm würde es große Freude machen, wenn die anderen Magistratsmitglieder wieder Zutritt zur Stadtloge bekommen.

Herr St. v. Blume erklärt, daß Herr Theaterdirektor Richards mit einer Auslegung des Vertrages einverstanden ist, die das zuläßt.

Der Antrag Oesterburg wird abgelehnt, der Antrag von Blume angenommen.

Weiter wird der Etat des Museums festgesetzt und beschlossen, 3000 Mark für die

Anstellung eines Museums-Direktors

zur Verfügung selber städtischen Behörden zu bewilligen. Auf die Debatte kommen wir zurück.

Weiter den Etat der Ertrahung eingezogen referiert Herr St. Gieshoff, daß der Antrag, dem verbleibenden Antrage, die gesamten Ausgaben für das Straßenerneuerungsamt zu freieren. Es habe keinen Zweck mehr, nachdem die Bürger von der Polizei neuerdings wieder mit Strafbefehlen wegen Verstoßes gegen die Straßenerneuerung bedacht würden und das beantragte Ortsstatut nicht zustand gekommen sei.

Es entspringt sich eine lange Debatte über das vor vierzehn Tagen beschlossene, von Magistrat nicht genehmigte Ortsstatut. Schließlich einigt sich die Versammlung mit Rücksicht auf die vorgeschriebene Zeit, den ganzen Etat zu vertragen.

Literarische Gesellschaft.

Gestern abend las der Dichter Leo Greiner vor einem zahlreichen Auditorium in der Vergle von den ersten Teil seines Dramas „Die Heräde von Genua“ vor. Das Werk, bezw. dieser Teil des Werkes, behandelt einen jener Konflikte zwischen Herzog und Feldherr im mittelalterlichen Genoa, wie ihn ja auch Schiller ähnlich in seinem „Riesesof“ stichtestlich so meisterlich dargestellt hat. An das Drama zunächst wurde, wor gestern der Vorlesung mit angepaßtem Interesse folgende, viel und wenig erinnert, und es entschloß sich dem inneren Auge wieder das harte Bild Italiens mit seinem verlockenden Weizen. Die alte Stadt am Meer steigt auf dem Meere der Vergangenheit, fadelt leuchtet im Abendwinde mit zunehmendem Schein zum Bette, und in den Kolonen perit der Wein. Zwischen Marmosäulen und -säulen schreiten wieder schöne Frauen. Und Männer, hartberige Kämpfer von unermesslichem Ehrgeiz, harte Krieger voll unglücklicher Ruhmsucht, im Lieben und Haßten gleich groß und unerfährlich. Und unter dem ewigen Himmel in ständiger Nacht schlägt wieder die Stunde der Vergeltung für frühe, fast vergessene Schuld. In dieser Reihe des Sühns, das dem Gott so traut ist seit Schiller, das Rudolf Herzog mit seinem Condottieri wiederzuerbe

aus verkehrtem Meeresgrund, läßt Leo Greiner den alten Herzog Braconero in seinem Gärtnerwahn, der das wähnt, daß er und seines Seins seltsame Art auch in seinem Nachfolger und Wörder zugleich und in dessen spätem Enkel noch fortführen wird, vom Admiral Moreno durch Gift zu Tode bringen. Im Schmähgedicht, das ihm zu Tode bracht, ist der Admiral der Tobende das Gift und nicht dabei um dessen Tod. Die entscheidenden Auftritte sind das ganze Stück wieder bei aller Grausamkeit der Tat und ihrer Vorbereitungen übermächtig, und das unergreiflich entsetzliche Geschehen macht das Herz des Hörers von Anfang bis Ende rascher schlagen. Jedenfalls jenseit das Drama in hohem Grade. Ob der Dichter das für ein edles Drama notwendige Mittel mit dem Handeln und seinem Geschehen erweist, ist zu bezweifeln; auch ob die Komposition immer natürlich genug, und ob alle Figuren recht scharf umrissen sind, mag bei Synchronen zweifelhaft bleiben. Jedenfalls ist die blühende Sprache des Dichters, die Macht seiner den Konflikt scharf ausdrückenden Darstellung, die treffliche Zeichnung der Hauptpersonen, abgesehen von der Szenarioarbeit, zu loben. Zu entbehren, wie das Stück auf den Brettern wirkt, ist hier nicht der Ort. Durch den lebendigen Vortrag des Dichters, der nur immer in den jenseitigen Bemerkungen und sonst an einzelnen Stellen ein wenig unersichtlich bleibt, jenseit die Hörer sehr und fand auch reichen Beifall. **B.**

Kasseler Kolonialverein.

In der gestrigen Sitzung im oberen Saale des Reichshofes wurde der gegenwärtige Vorstand und der Beirat durch Affirmation wiedergewählt. Aus dem Kasseler und Jahresbericht, der den Mitgliedern demnächst gedruckt zugestellt werden wird, ging hervor, daß der Mitgliederbestand von 513 auf 563 gestiegen ist. Seit der letzten Sitzung sind dem Vereine drei neue Mitglieder beigetreten. Weiter teilte der Vorsitzende, Generalleutnant v. Ziegner, Ergänzungen u. a. mit, daß der Bischof von Togo 50 Pfund zugewendet worden seien, während Oberst a. D. S. von der zu dem Verein ein Gemälde des Kaisers geschenkt habe. Ferner machte der Vorsitzende Mitteilung von der Einladung zu einem von 5 bis 11. März in Potsdam stattfindenden Kongress, bei welchem Offiziere und deren Damen militärische und theoretische Vorträge vorzutragen werden. Die Eintrittskasse wird 5 Mark kosten. Für die nächste Sitzung ist Major von Tiedemann, der Begleiter Dr. Peters auf dessen Emin-Pasha-Expedition, gewonnen worden. Er wird sprechen über: Meine Eindrücke im Hauptquartier des Lord Alibon während des Mahdi-Aufstandes. Einen sehr instruktiven Vortrag hielt sodann der Kaiserliche Hauptmann der Schutztruppe für Südwestafrika, Hauptmann von Uffmann, über die bisherige Tätigkeit der Eisenbahnkompanie, über den Bau der Eisenbahn in Kamerun. Redner erörterte zunächst die Veranlassung des Bahnbauens nach Keetmanshoop, die auf die schwierige und kostspielige Verpflanzung der deutschen Truppen zurückzuführen ist. Die Bahn war ursprünglich nur als Feldbahn geplant, wurde aber nach einer einjährigen Verzögerung sofort mit Kapspurweite gebaut. Der Bau einer Feldbahn wäre deshalb unrentabel gewesen, da man nach dem Feldzuge doch eine Kapspurweite hätte bauen müssen. Er wurde von der Firma Uffmann unter Oberleitung eines Regierungskommissars ausgeführt. Der Vertragsschluß erfolgte am 15. Januar 1905, und schon am 10. Oktober des nächsten Jahres konnte bereits der Betrieb auf einer Teilstrecke eröffnet werden, 16 Tage früher, als im Vertrage festgesetzt war, so daß für jeden dieser Tage der Firma 3000 Mark gutgeschrieben werden konnten, während umgekehrt im Falle einer Verzögerung über die festgesetzte Zeit hinaus, die Firma den gleichen Betrag pro Tag zahlen mußte. Schwierigkeiten brachten in dem Bahnbau, das fast ganz in Felsen eingebaut wurde, einmal die Wasser-Versorgung, sodann die Wanderdünen. Immerhin gestaltete sich der Bau nicht so schwierig, wie man ursprünglich angenommen hatte. Keetmanshoop wird voraussichtlich im August oder November dieses Jahres erreicht sein. Auf der Bahn werden etwa 2 1/2 Meilen verlaufen und nur 1/4 Meile betriebsfähig sein. Die Bahn ist später erweitert zu werden. Interessant war die Bahn für die Teilnehmer, auch die Wasser-Verfügung, die mit dem Bahnbau in innigem Zusammenhang steht. Früher benutzte man fast ausschließlich nur fontänenartige Gewässer. Die Regierung ließ mehrere große Kondensatoren bauen, außerdem garantierte sie drei englische Dampfer, die Wasser aus dem Kaplande zuführen. Das war natürlich mit hohen Kosten verknüpft. Sehr günstig sprach sich der Redner über die Tätigkeit des Kondrats von Usar mit seiner Wüstenflur in Südwestafrika aus. Wenn ihm auch nicht immer ein Erfolg beschieden war, so ist ihm doch die Erschließung einer ganzen Anzahl von Wasserläufen gelungen. Jedenfalls habe man in der Kolonie die Angriffe nicht verstanden, die in einem Teile der Presse gegen den verdienten Mann gerichtet wurden. Der Vortrag wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Nach der Sitzung vereinigte sich die Mitglieder des Kolonialvereins noch zu einem gemächlichen Beisammensitzen.

Der XXV. Jubiläums-Unterverbandstag selbständiger Maler und Lackierer

der Provinz Sachsen, der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig und der thüringischen Länder eröffnete gestern morgen 11 Uhr in den „Kaisersaal“ seine Verhandlungsarbeiten. Der Herr Vorsitzende, Herr Magaburg, hielt die Kollegen willkommen und teilte mit, daß der Deutsche Maler- und Lackierer-Unterverband ein solches Ziel gehabt habe. Der Schriftführer Herr Gerhard gab den Jahresbericht. Der Herr Vorsitzende, Herr Magaburg, berichtete sodann über die Kassenverhältnisse, wonach die Einnahmen im verfloffenen Jahre 1222,37 Mfr. betragen haben; die Ausgaben beliefen sich auf 1022,69 Mfr. Hieran schloß sich ein Vortrag des Präsidenten des Bundes, Herrn Schulz, über die Aufgaben des Bundes, die Stellung der Maler und Lackierer in der Zukunft hin, daß die Arbeiter sich organisieren und einheitliche Tarifverträge aufstellen müßten. Die Städte, die sich nicht an die Verbände anschließen wollten, müsse man zu einem Anschluß zwingen. Einstimmig wird beschlossen, zu dem Vorstehende von 5 Herren noch zwei Stellvertreter zu wählen. Als Vorstehender werden Herr Bieleker, Herr Schrüfer, Herr Otto, Herr Hoffmann, als Kassierer Herr Häberle, Herr Salte, als Beisitzer Herr Krich, Herr Delau und Herr Müller-Erlitz gewählt. Außerdem erkundete man die Herren Krügermann, Gabe und Gage, nach den von ihnen noch als Stellvertreter im Vorstand. Der Antrag: Die in Halle anlässlich des 25. Unterverbandstages versammelten Kollegen beschließen, auf dem nächsten Maler-

tage die Statuten des Deutschen Malerbundes einer Revision zu unterziehen“ wird einstimmig angenommen. Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Provinzial-Nachrichten.

§ Naumburg, 17. Febr. (Eindruderschießtag). In einer Gutsverwaltung in Wettgerode wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Einbruch verübt. Dem Diebe fielen etwas über 100 Mark bares Geld zur Beute.

* Leipzig, 17. Febr. (Die kürzlich gemeldeten Erfränkungen) unter den Schülern der höheren Mädchenschule sollen auf die ungünstigen Verhältnisse der Schule zurückzuführen sein. Unter den eigentlichen Kellern befinden sich noch sogenannt Höfler, die voll Wasser stehen. Ueber dieser Wasserfläche löst häufig eine sehr stark mit Kohlenäure gesättigte Luft lagern, die in die Räume der Schule eindringt.

(Erlurt, 17. Febr. (Großfeuer). Im benachbarten Henrichen brach gestern im Anwesen des Landwirts Mitzler Feuer aus, das bald auf die Nachbargrundstücke übergriff. In kurzer Zeit wurden vier gestülpte Scheunen, zwei Wohnhäuser und drei Stallgebäude eingeschlagen. Große Futtermörtel und viele landwirtschaftliche Maschinen sind vernichtet. Das Vieh konnte gerettet werden.

— Leipzig, 15. Febr. (Diebstehende). In Büblich stahlten Diebe dem Wittgutsbesitzer von Lodow und dem Pfarrer einen Besah ab. Bei ersterem erbeuteten sie Schmuckgegenstände im Werte von ca. 100 Mark, in der Pfarrere stahlen ihnen 10 Mark in die Hände.

Nordhausen, 17. Febr. (Städt. Etat). Der Entwurf des Magistrats zum Haushaltsplan pro 1908 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1.256.000 M., d. i. ein Mehr von 68.000 M. gegen das Vorjahr.

(1) Leipzig, 17. Febr. (Rohrdoerz und Selbstmord). Im Hause Schönauerstraße 2 in Großhochgeriet der 24jährige Handlungsgehilfe Gustav Adolf Kuhn mit seinem 60jährigen Vater, dem Geschäftsmann Rudolf Kuhn, aus geringfügiger Ursache in Streit, in dessen Verlauf der erstere einen Revolver zog und auf seinen eigenen Vater schoss. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und schloß sich in die Schliche. Der Sohn war sofort tot, während der Vater, der ebenfalls am Kopfe verletzt ist, in das Krankenhaus gebracht wurde. Dem Ansehen nach hat der Sohn die Tat in einem Anfälle von Geistesgehrtheit begangen.

Vermischtes.

Auf entsetzliche Weise kam der vier Jahre alte Sohn des Maurers Schwarz in Berlin ums Leben. Der Knabe war mit seinem Vater nach dessen Laube gegangen. Als dort Schwarz seine Stühne im Stall fütterte, hockte der Kleine den Kopf durch eine Öffnung in der Hinterwand der Laube und sah ihm zu. Plötzlich geriet die Wandung des Stalles ins Wanken, so daß einmögliche Bohlen vom Dachbelag herunterfielen. Diese fielen dem Kleinen, der den Kopf nicht so rasch zurückziehen konnte, auf den Rücken und klemmten ihn ein. Als der Vater ihn mit vieler Mühe aus der gefährlichen Lage befreit hatte, war der Verunglückte verstümmelt. Ein Arzt, der rasch herbeigerufen wurde, machte noch Wiederbelebungsversuche, hatte aber damit keinen Erfolg mehr. Der Knabe war erkrankt, die Bohlen hatten ihm den Kehlkopf zertrümmert.

Die Wache einer verfallenen Geisha hat, wie aus Yokohama berichtet wird, zwei Offiziere des japanischen Handelsdampfers „Wille de Mareille“ erlöchen, dessen Schiff angeblich auf der Reede von Hongkong unterworfen hat. Der junge Mann, namens Gaston Deville, war vor etwa einem Jahre ebenfalls mit seinem Schiff in Hongkong gewesen und hatte bei dieser Gelegenheit in einem Teelade die Bekanntschaft einer jungen Japanerin gemacht, die dort in Lohn und Brot stand. Zwischen den beiden entwickelte sich ein Verhältniß, und der Offizier verlor die hühnen jungen Japanerin, die mit sich nach Europa zu nehmen. Das Mädchen gehörte den besten Ständen an, war wenigstens nach japanischen Begriffen — sein Gebieter, das heißt, sie verstand ein wenig die Manölyne zu handhaben und kannte die Gesänge alter japanischer Dichter, konnte tanzen und die Geiße des Teelades unterhalten. Eines schönen Tages war die „Wille de Mareille“ abgemacht, und die Verlassene schwor ihrem Verführer, der sie vergessen zu haben schien, auf die wenigen Tagen nun, als sein Schiff wieder in den Hafen von Hongkong eingelaufen war, sich den jungen Offizier die Rechte der Teelade auszuführen. Raum hatte er mit einigen Kameraden den Raum betreten, als ihm die kleine Geisha mit einem Aufschrei auf ihn war und ihm ihr breites Dohmessen, das sie unter den Seidenscheuten ihres Kinoson verborgen trug, mit aller Kraft in sein Gesicht schlug. Ehe die Kameraden des Offiziers das Mädchen ergreifen konnten, hatte sie sich selbst mit dem Dolche eine tödliche Wunde begeben.

Die Wägen des Papstes. Der Negus von Abyssinien, Menelik II., hat, wie bekannt, dem frommen Papst Pius X. als Zeichen seiner Verehrung zwei Löwen zum Geschenk gemacht, und dieses hat der Papst immerhin eigenartige Angebinde hat in der ganzen Welt lächelndes Kopfwehchen hervorgerufen. Die beiden Löwen, prächtige junge Tiere, sind jetzt wohlbehalten in Rom angekommen. Sie wurden von zwei Wägenführern als Wägen begleitet. Am Parfisan sieht man nun hin und her, was soll man mit den Löwen anfangen? Die Ängster besaßen, der Papst werde die beiden Wägenführer dem Bürgermeister von Rom, Herrn Nathan für den geplanten Zoologischen Garten in der Villa Borghese schenken. Ein vereiteltes Meuchelmord. Auf ziemlich komplizierte Weise hat die Gattin eines hohen deutschen Beamten sich ihres Mannes zu entledigen versucht. Die Dame war vor acht Tagen aus ihrem Wohnort nach Brüssel in ihrer ehemaligen alten Dienstverbindung und demo die wurde durch das Verbrechen einer hohen Geliebten, drei Anklagen zur Ausführung des Mordes anzufließen. Alle Einzelheiten der Tat wurden verhandelt, auch das Handgeld bezahlt. Die Anklagebehörde wollte mit den Mordgeheulen an ihren Wohnort zurückkehren. Die Kriminalpolizei wurde jedoch informiert und verhaftete nachts die vier Beteiligten.

Zehnte Nachrichten und Telegramme.

Frankreich. Deputiertenkammer.

Paris, 17. Febr. In der fortgesetzten Debatte über die Einkommensteuerverordnung zeigte der Finanzminister, daß die Gemächnisse ein Vorteil gegen jede Steuerreform hätten. (Beifall.) Abgeordneter Agard wünschte den inquisitorischen Charakter der Vorlage gemindert zu sehen. Nach Beendigung der Generaldebatte über die Vorlage wurde die Überlegung zur Spezialdebatte beschlossene. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Schiffsunfall.

Portsmouth, 17. Febr. Beim Verlassen des Hafens ergriff die Torpedobootscrewler „Lightning“ durch einen Zusammenstoß mit einer Boje ein Leck in der Seite und begann zu sinken. Durch die vorläufige Verstopfung des Lecks aber wurde das Schiff gerettet und ins Dock gebracht.

Britisches Unterhaus.

London, 17. Febr. Fern brachte im Namen der Opposition eine Resolution ein, die das englisch-russische Uebereinkommen im Prinzip willkommen heißt, aber erklärt, die Bestimmungen des Uebereinkommens ließen Raum für internationale Mißverständnisse. Redner beklagte die ungeheuren Zugeständnisse, die Rußland gemacht wurden. Staatssekretär Grey wies auf die gegenwärtig in Werten herrschende unsichere Lage hin und erklärte, wenn das Uebereinkommen nicht abgeschlossen worden wäre, würde die Lage zu Reibungen zwischen England und Rußland geführt haben. Der Staatssekretär sprach dann über alle politischen Beziehungen zwischen England und Rußland und erwiderte, auf die an der Abgrenzung der Interessensphäre bezügliche Kritik. Er neigte bezüglich eines Eindringens in Indien nicht zu Bestätigungen, selbst wenn das Uebereinkommen nicht getroffen worden wäre, und es sei für ihn zweifelhaft, ob ein solches Eindringen möglich sei. Wenn aber russische Eisenbahnen und russische Macht nach Sibirien vordringen wären, in die Nähe der verwundbaren Punkte der indischen Grenze, dann würde bei der indischen Regierung Belorgnis und Beunruhigung entständen sein und sie würde eine Veranlassung zur ihr zur Verfügung stehen. Entschieden vorzuziehen, um für alle Fälle Vorsorge treffen zu können. Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Staatssekretär Grey aus, jeder, der das strategische Problem der Verteidigung der indischen Grenze studiere, müsse das Uebereinkommen der größten Beachtung und Berücksichtigung betrachten. Er befreite, daß England bedeutende Handelsbeziehungen habe, welche offen müssen, jedoch wolle er dem nicht widersprechen, daß Rußland Gelegenheit haben werde, mitopotamien Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Bezüglich des Wichtigkeits des russischen kommerziellen und politischen Einflusses in Nordperien während der letzten 20 Jahre und bezüglich der großen militärischen Macht, die Rußland über die persische Grenze werfen könne, erklärte Grey, daß England nichts ausgehen habe, was nicht schon früher verlorene war.

Griechisch-türkische Bahn.

Athen, 17. Febr. Die Angriffe einiger ausländischer Zeitungen wegen der Verbindung der Bahn Piräus mit der türkischen Eisenbahnlinie hält man hier für wenig gutgeheißig. Dieser Anschlag der griechischen Bahn an das schon im Betrieb befindliche türkische Eisenbahnnetz würde die direkte Landverbindung zwischen Griechenland und der Türkei, wie auch dem westlichen Europa herstellen. Man hofft hier bestimmt, daß dieses Projekt, das bei niemand Bedenken hervorgerufen kann und niemandes Interesse verletzt, von der Porte angenommen werden wird. Die griechische Bahnlinie, die jetzt schon Larisa erreicht, soll im Laufe dieses Jahres bis zur türkischen Grenze geführt werden.

Ueberschwemmung.

Wittsburg, 17. Febr. Das Wasser des Allghamflusses überflutet einen großen Teil des angrenzenden Gebietes. Ueber 20.000 Rinder sind infolge des Hochwassers beschlagnahmt und vermisst, und außerdem ist die schon große Anzahl der Arbeitslosen. Tausende von Menschen haben sich in die zweiten Stockwerke der Häuser geflüchtet. Lebensmittel gelangen durch die Holzgebirge in Booten zur Verteilung. Niedrig gegriffene Schattungen beziffert den Schaden auf über 2 Millionen Dollars.

Berlin, 17. Febr. Prinz Heinrich von Preußen trat heute dem Berliner Verein für Luftschiffahrt bei.

Berlin, 17. Febr. Der „Reichsanzeiger“ meldet die Ernennung des Legationsrates Pringen von Schönburg-Waldenburg, bisheriger Legationssekretärs bei der Gesandtschaft in Hamburg, zum Generalkonsul in Budapest.

Berlin, 17. Febr. Der Kriminalkommissar Müller ist auf sein Abschiedsgehalt hin vorläufig beurlaubt worden. Sein Verbleiben war am Sonnabend erfolgt. An Müllers Stelle in der Friedberg-Wärfte ist der Kriminalkommissar Fischer getreten. Rechtsanwält Carl ist gestern auf freien Fuß gesetzt worden.

Homburg, 17. Febr. Gegenüber der anderslautenden Meldung eines Berliner Blattes teilt der „Taunusbote“ mit, daß ein maßgebender Stelle von einer Abigung der Taunus-Kurorte gegen die geplante Taunus-Automobilrennen nichts bekannt ist.

Frankfurt, 17. Febr. Der am Sonnabend begonnene Ausflugsverkehr der Selter auf der Zintergarbe Victoria bei Dombrowa hat sich auch auf die über Tage beständig Arbeiterrinnen ausgebreitet. Von 220 Arbeiterinnen der Vormittagsarbeit sind heute 68 erschienen. Auch auf der Jungbuck-Neuhofen des Fürsten Bendel von Donnermarkt ist ein Ausbruch der Arbeiterinnen ausgebrochen, von denen 160 der Arbeit fernblieben. Als Grund des Ausbruchs wird Unzufriedenheit mit dem neuen Knappschicksalsatut angegeben.

Wien, 17. Febr. Der frühere Minister Ignaz Glöckner ist heute im 98. Lebensjahr gestorben.

London, 17. Febr. König Eduard reist in den ersten Tagen des nächsten Monats nach Wärtik. Dann soll ein Besuch in Dänemark und Norwegen folgen.

Petersburg, 17. Febr. Die Petersburger Drahtmeldung eines auswärtigen Blattes, wonach leitende Kreise sich für einen event. Krieges keineswegs abschließend verhalten, sogar einen Krieg als Ausweg aus der schwierigen inneren Lage betrachteten, ist vollständig unbegründet.

Tehran, 17. Febr. Der Präsident des Parlaments teilt sein Abschiedsgehalt ein, das vorläufig nicht angenommen worden.

Hohannesburg, 17. Febr. Hier fand in der letzten Nacht zwei heftige Erdschütterungen veripurt worden.

Rakata, 17. Febr. Die Kolonnen des Generals Willkofs und des Oberleutnants Rappels haben sich im Verwehr auf das Dorf Chimar vereinigt gegen stärkere feindliche Kräfte, die von einem Höhenzug eine große Transportkolonne des englischen Expeditionskorps angriffen. General Willkofs ließ einen Gegenangriff machen, wobei die Feinde getötet wurden. Auf englischer Seite fiel ein Mann, zwei wurden schwer verletzt.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wilmann, für den Provinzial-Teil: Dr. Otto Sonne. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichts- und Sport: Eugen Brinckmann; für Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Franz; für den Inzeratenteil: Max Knebelod. Druck und Verlag von Otto Händel. Gesamlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten —
(einstündlich „Literaturgeschäft“)

